
Der Verlust des Wachstumsvorsprungs. Österreichs makroökonomische Entwicklung von 1970 bis 2000

Markus Marterbauer¹

1. Günstige makroökonomische Daten

Österreich weist im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte generell günstige makroökonomische Daten auf, jedenfalls in Relation zu den Volkswirtschaften in der OECD, der EU oder gegenüber den beiden wichtigsten Handelspartnern Deutschland und Italien. In internationalen Vergleichen wird als Beleg für die günstige Makroentwicklung vor allem die relativ erfreuliche Lage auf dem Arbeitsmarkt hervorgehoben. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2000 mit 3,7% der Erwerbspersonen deutlich unter dem Durchschnitt der EU (8,2%). Die Beschäftigungsquote erreichte fast 70% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (62%).

Der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung ist relativ hoch: Im Jahr 1999 betrug das BIP pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten 24.646 \$. Das ist nur geringfügig weniger als in Belgien und den Niederlanden, die den viert- bzw. fünft höchsten Wert in der EU aufweisen. Im Durchschnitt betrug der Vergleichswert in der EU 22.433 \$. Vergleicht man die Erreichung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele des „magischen Vielecks“ im Durchschnitt der letzten drei Dekaden, so weist auch hier Österreich recht günstige Werte auf (Tabelle 1): Das Wirtschaftswachstum liegt im langfristigen Vergleich über dem EU-Durchschnitt, die Beschäftigung expandiert gleich rasch wie in der EU, während Arbeitslosenquote, Inflationsrate und Finanzierungssaldo des Staates deutlich darunter liegen. Einzig das Defizit in der Leistungsbilanz deutet auf wirtschaftliche Probleme hin.

Die günstigen Werte makroökonomischer Variablen im langfristigen Durchschnitt verschleiern allerdings eine wesentliche Entwicklung in diesem Zeitraum: Österreich hat seinen Vorsprung gegenüber anderen hochentwickelten Ländern über die Jahrzehnte verloren. Von Beginn der siebziger Jahre bis zu den frühen achtziger Jahren war Österreichs wirtschaftliche Entwicklung hervorragend. Seit Beginn der achtziger Jahre

Tabelle 1: Makroökonomische Indikatoren

Ø 1970/2000

	BIP, real	Verbraucher- preise	Beschäfti- gung	Arbeitslosen- rate	Finanzie- rungssaldo	Leistungs- bilanz
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			in %	In % des BIP, p.a.	
Österreich	+2,7	+4,0	+0,4	3,3	-2,4	-1,1
Deutschland	+2,2	+3,4	+0,3	5,7	-2,2	+0,9
EU 15	+2,4	+6,7	+0,4	7,4	-3,3	+0,1

Quelle: OECD, Europäische Kommission.

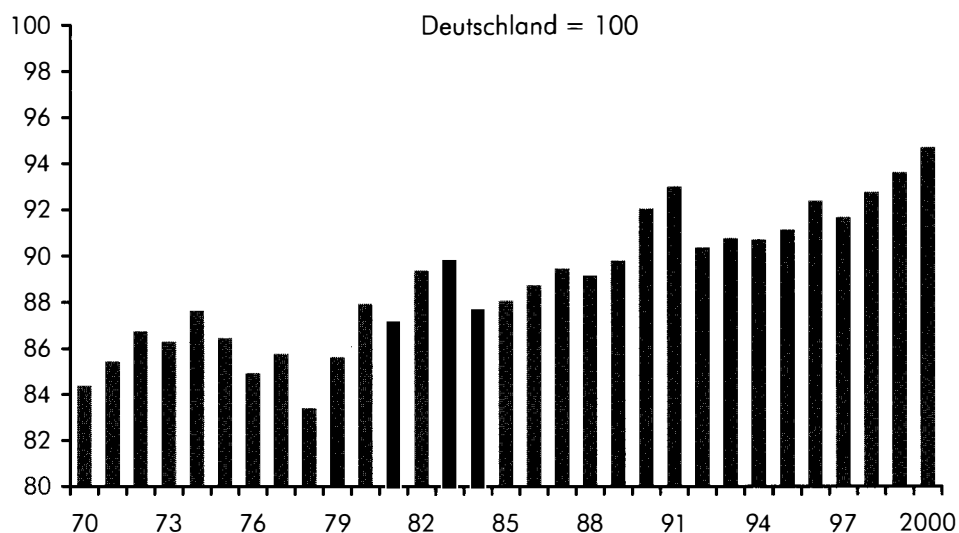
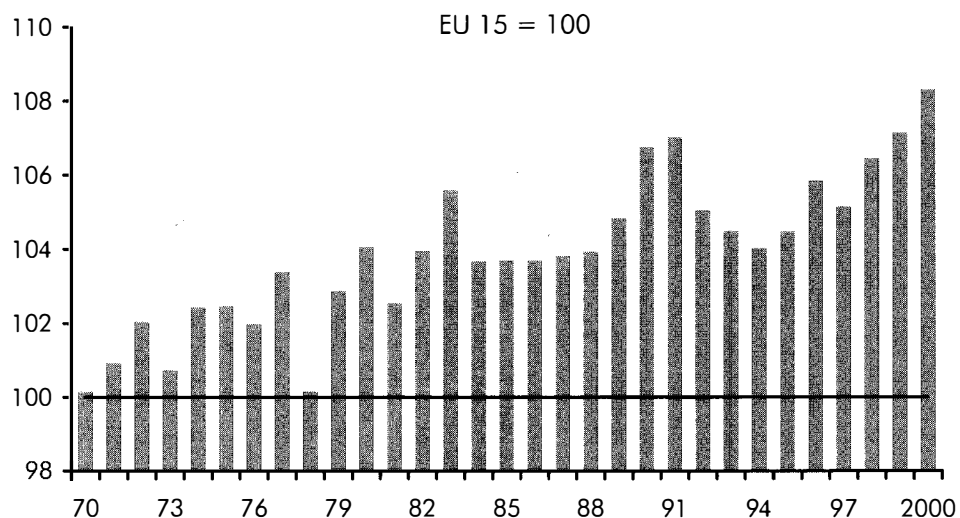
Arbeitslosenrate = in % der Erwerbspersonen

lag die *Performance* allerdings nur mehr im EU-Durchschnitt, mit Ausnahme der frühen neunziger Jahre, als aufgrund spezifischer Umstände neuerlich ein temporärer Wachstumsvorsprung erreicht werden konnte.

Unterscheidet man nach Dekaden, so lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den siebziger Jahren in Österreich bei 3,6% pro Jahr, während es in der EU nur 3,0% betrug (Tabelle 2). Österreich erreichte damit das fünfthöchste Wachstum im Vergleich der 15 EU-Länder. Höhere Wachstumsraten konnten nur in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland verzeichnet werden, wo allerdings das Niveau des BIP deutlich niedriger lag.² In den achtziger Jahren wuchs die Wirtschaft in Österreich mit 2,3% pro Jahr etwa gleich schnell wie in der EU (+2,4%). Im Wachstumsvergleich fiel Österreich an die achte Stelle innerhalb der EU zurück. Die Wachstumsrate betrug in den neunziger Jahren 2,3% pro Jahr, 0,3 Prozentpunkte mehr als im EU-Durchschnitt und um 0,6 bzw. 0,7 Prozentpunkte mehr als in Deutschland und Italien. Damit erreichte Österreich Platz sieben in der EU.

Wird die Entwicklung der Wirtschaftsleistung mittels der Arbeitsproduktivität (definiert als BIP pro Erwerbstätigen) analysiert, so wuchs sie in Österreich in allen drei Jahrzehnten rascher als im EU-Durchschnitt, der Wachstumsvorsprung nahm allerdings ab (Tabelle 3). Der Aufholprozeß gegenüber Deutschland setzte sich während der gesamten Analyseperiode fort (Abbildung 1).

Eine Analyse der „Wohlfahrt“ mittels des Indikators BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (Tabelle 4) zeigt wieder, daß Österreich vor allem in den siebziger Jahren große relative Wohlstandsgewinne aufwies. Der Wachstumsvorsprung gegenüber der EU betrug fast 1 Prozentpunkt pro Jahr (+3,5% pro Jahr im Vergleich zu +2,6%). Österreich belegte in bezug auf das Wachstum die dritte Stelle innerhalb der EU-Staaten. Der Wohlstand stieg in den siebziger Jahren pro Person um 10% rascher als im Durchschnitt der EU-Länder (Abbildung 2). In den achtziger und neunziger Jahren schwächte sich das Wachstum jedoch markant ab, und es lag nur noch im Durchschnitt der EU- und OECD-Länder.

Abbildung 1: Österreichs relative Arbeitsproduktivität 1970-2000

Quelle: OECD.

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt – zu Preisen und Kaufkraftparitäten (KKPs) von 1995

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	Rang	Ø 70/80		Rang	Ø 80/90		Rang	Ø 90/2000
Irland	1	+4,7	Luxemburg	1	+4,4	Irland	1	+7,0
Portugal	2	+4,7	Irland	2	+3,6	Luxemburg	2	+5,8
Griechenland	3	+4,7	Portugal	3	+3,2	Niederlande	3	+2,9
Spanien	4	+3,6	Finnland	4	+3,1	Portugal	4	+2,7
Österreich	5	+3,6	Spanien	5	+2,9	Spanien	5	+2,6
Italien	6	+3,6	Großbritannien	6	+2,7	Dänemark	6	+2,3
Finnland	7	+3,5	Frankreich	7	+2,5	Österreich	7	+2,3
Belgien	8	+3,4	Österreich	8	+2,3	Griechenland	8	+2,3
Frankreich	9	+3,3	Italien	9	+2,2	Großbritannien	9	+2,2
Niederlande	10	+2,9	Deutschland	10	+2,2	Finnland	10	+2,2
Deutschland	11	+2,7	Niederlande	11	+2,2	Belgien	11	+2,1
Luxemburg	12	+2,7	Belgien	12	+2,0	Frankreich	12	+1,8
Schweden	13	+2,0	Schweden	13	+2,0	Deutschland	13	+1,7
Großbritannien	14	+1,9	Griechenland	14	+1,6	Schweden	14	+1,7
Dänemark	15	+1,9	Dänemark	15	+1,6	Italien	15	+1,6
EU15		+3,0	EU 15		+2,4	EU 15		+2,0
OECD		+3,5	OECD		+3,0	OECD		+2,3

Quelle: OECD, WIFO.

Tabelle 3: Arbeitsproduktivität

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	Rang	Ø 70/80		Rang	Ø 80/90		Rang	Ø 90/2000
Griechenland	1	+4,0	Luxemburg	1	+4,1	Luxemburg	1	+4,5
Spanien	2	+3,9	Irland	2	+3,6	Irland	2	+3,1
Irland	3	+3,8	Finnland	3	+2,4	Finnland	3	+2,9
Belgien	4	+3,2	Spanien	4	+2,3	Schweden	4	+2,5
Portugal	5	+3,0	Frankreich	5	+2,2	Dänemark	5	+2,0
Österreich	6	+3,0	Österreich	6	+2,1	Großbritannien	6	+1,9
Italien	7	+2,9	Italien	7	+2,1	Österreich	7	+1,8
Frankreich	8	+2,8	Großbritannien	8	+2,0	Portugal	8	+1,7
Niederlande	9	+2,6	Belgien	9	+1,9	Griechenland	9	+1,7
Deutschland	10	+2,6	Portugal	10	+1,8	Belgien	10	+1,7
Finnland	11	+2,5	Deutschland	11	+1,6	Italien	11	+1,7
Großbritannien	12	+1,7	Schweden	12	+1,4	Spanien	12	+1,4
Dänemark	13	+1,5	Niederlande	13	+1,3	Deutschland	13	+1,4
Luxemburg	14	+1,4	Dänemark	14	+0,7	Frankreich	14	+1,3
Schweden	15	+1,0	Griechenland	15	+0,6	Niederlande	15	+0,8
EU 15		+2,6	EU 15		+1,8	EU 15		+1,6

Quelle: OECD, WIFO.

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – zu Preisen und Kaufkraftparitäten (KKPs) von 1995
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	Rang	Ø 70/80		Rang	Ø 80/90		Rang	Ø 90/2000
Griechenland	1	+3,7	Luxemburg	1	+4,0	Irland	1	+6,3
Portugal	2	+3,6	Irland	2	+3,3	Luxemburg	2	+4,5
Österreich	3	+3,5	Portugal	3	+3,0	Portugal	3	+2,6
Irland	4	+3,3	Finnland	4	+2,7	Spanien	4	+2,5
Belgien	5	+3,1	Spanien	5	+2,5	Niederlande	5	+2,3
Italien	6	+3,1	Großbritannien	6	+2,5	Dänemark	6	+1,9
Finnland	7	+3,1	Italien	7	+2,2	Griechenland	7	+1,9
Frankreich	8	+2,7	Österreich	8	+2,1	Österreich	8	+1,8
Deutschland	9	+2,6	Deutschland	9	+2,0	Großbritannien	9	+1,8
Spanien	10	+2,6	Frankreich	10	+1,9	Belgien	10	+1,8
Niederlande	11	+2,1	Belgien	11	+1,9	Finnland	11	+1,8
Luxemburg	12	+1,9	Schweden	12	+1,7	Frankreich	12	+1,4
Großbritannien	13	+1,8	Niederlande	13	+1,6	Italien	13	+1,4
Schweden	14	+1,6	Dänemark	14	+1,5	Schweden	14	+1,4
Dänemark	15	+1,5	Griechenland	15	+1,1	Deutschland	15	+1,3
EU 15		+2,6	EU 15		+2,1	EU 15		+1,7
OECD		+2,4	OECD		+2,2	OECD		+1,5

Quelle: OECD, WIFO.

2. Erfolgreiche Wachstumsausrichtung der Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren

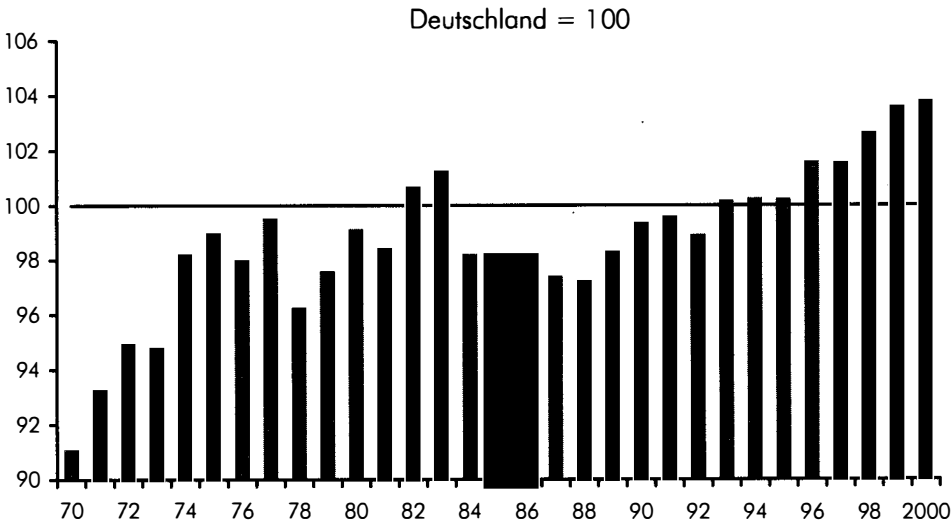
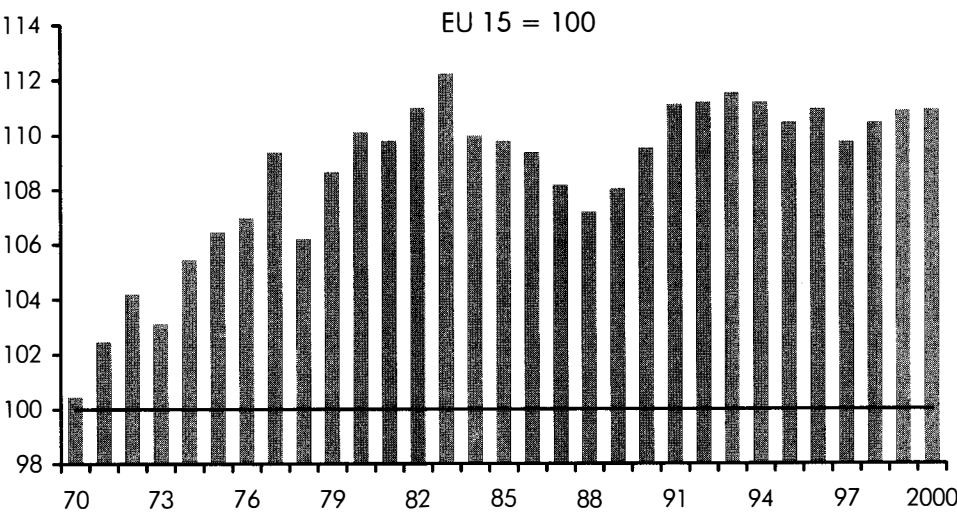
Die letzten drei Dekaden brachten für die Wirtschaftspolitik in Österreich und in der EU sehr unterschiedliche Herausforderungen, und erhebliche Differenzen ergaben sich auch in der Bewältigung dieser Herausforderungen.

Die siebziger Jahre waren in Österreich das Jahrzehnt der erfolgreichen Bewältigung der weltweiten Probleme im Zusammenhang mit „Stagflation“ und tiefer Rezession nach dem „ersten Ölpreisschock“. Die österreichische Wirtschaftspolitik reagierte in dieser Situation mit einer pragmatischen Haltung, die versuchte, vorhandene Spielräume auszuloten und die gegebenen Institutionen flexibel einzubeziehen („*muddling through*“). Im Rahmen dieser Konzeption kamen der antizyklischen Budgetpolitik, der Hartwährungspolitik und der makroökonomisch ausgerichteten Lohnpolitik der Sozialpartner besonders prominente Rollen zu. Diese Politik des „Austrokeynesianismus“³ war vor allem darauf ausgerichtet, die Erwartungen der Unternehmen und der Haushalte zu stabilisieren. Die Rezession 1975 fiel in Österreich schwächer aus als bei den wichtigsten Handelspartnern.

Die auf Stabilisierung ausgerichtete makroökonomische Wirtschaftspolitik stellt sich als wesentliche Determinante einer erfolgreichen kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung dar. Produktion und Nachfrage expandierten im gesamten Jahrzehnt ebenso wie die Beschäftigung merklich rascher als in der EU. Vollbeschäftigung konnte – im Unterschied zu den EU-Ländern – bis Anfang der achtziger Jahre erhalten werden. Trotz der aktiven, expansiven Fiskalpolitik – und entgegen der ex post-Rezeption selbst in der informierten Öffentlichkeit – war der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors deutlich günstiger als im EU-Durchschnitt. Das Defizit des Staates betrug im Durchschnitt der siebziger Jahre in Österreich 0,7% des BIP, in der EU aber 2,0%. Das kann vor allem als Nebenwirkung des Erfolgs in der Beschäftigungspolitik angesehen werden. Österreich „ersparte“ sich die hohen einnahmen- und ausgabenseitigen Belastungen durch Arbeitslosigkeit. Auch die Inflation blieb – vor allem in Folge der Einkommenspolitik der Sozialpartner – markant unter den europäischen Vergleichswerten. Unterschiede in der Nachfragedynamik zwischen Österreich und seinen Handelspartnern resultierten allerdings in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in einem erheblichen Leistungsbilanzdefizit.

Die achtziger Jahre waren das Jahrzehnt der Umstrukturierung. Die wirtschaftlichen Probleme in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie kulminierten Mitte des Jahrzehnts, was markante Verluste an Produktion und Beschäftigung nach sich zog. Auch die Notwendigkeit, nach der Rezession von Anfang der achtziger Jahre das Budget zu konsolidieren („Mallorca-Paket“), trug zu einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums bei. Dies führte zu einem Wachstumsrückstand gegenüber den anderen In-

Abbildung 2: Österreichs relatives Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (zu Preisen und Kaufkraftparitäten von 1995) 1970-2000



Quelle: OECD.

dustrieländern vor allem in der Periode zwischen 1984 und 1987. Folglich fiel das Beschäftigungswachstum zurück, und die Arbeitslosigkeit begann zu steigen, allerdings gedämpft durch umfangreiche Frühpensionierungsprogramme. Aufgrund des erheblichen Umstrukturierungsdrucks konnte Österreich die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Europa in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erst mit Verspätung aufnehmen.

Die neunziger Jahre waren das Jahrzehnt der Integration – charakterisiert durch die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa auf der einen Seite und die schrittweise Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum, der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion auf der anderen Seite. Österreichs Wirtschaftswachstum bewegte sich in der ersten Hälfte des Jahrzehnts deutlich über dem Durchschnitt. Es übertraf jenes der EU um 0,6 und jenes der OECD-Länder um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr. Das kann auf drei Ursachen zurückgeführt werden: Erstens bedeutete der Boom, der zunächst von der deutschen Vereinigung 1990/91 ausging, eine wesentliche Sogwirkung für Export und Investitionen in Österreich. Zweitens hat der Zustrom ausländischen Arbeitskräfteangebots – der 1990/91 4% des Arbeitskräftepotentials betrug – dazu beigetragen, daß die österreichische Wirtschaft die starke Expansion der Auslandsnachfrage ohne Kapazitätsengpässe zu bewältigen imstande war. Zum dritten fiel die Rezession 1992/93 in Österreich viel milder aus als in der EU oder in Deutschland. Österreichs BIP wuchs im Jahr 1993 real um 0,4%, während es in der EU um 0,5% und in Deutschland um 1,1% zurückging. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre lag das Wirtschaftswachstum allerdings knapp unter dem EU- und deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.

In den neunziger Jahren war Österreichs wirtschaftliche Entwicklung insbesondere günstiger als jene der beiden Haupthandelspartner Deutschland und Italien. Der Wachstumsvorsprung betrug 0,6 bzw. 0,7 Prozentpunkte pro Jahr. Die stärksten Unterschiede ergaben sich bei den Nachfrageaggregaten öffentlicher Konsum, privater Konsum und Bauinvestitionen. Die Bestimmungsgründe hierfür umfassen die umfangreiche Budgetkonsolidierung in Italien und die starke Ausweitung der Steuerbelastung in Deutschland. Gleichzeitig wuchs die Baunachfrage in Österreich noch rascher als das BIP, während in Deutschland nach dem „Vereinigungsboom“ ein tiefer Einbruch in der Bauwirtschaft erfolgte. Dennoch überrascht das doch deutlich bessere Wachstum in Österreich. Eine Ursache dafür könnte auch gewesen sein, daß Österreich von den handelschaffenden Effekten der Öffnung Osteuropas stark profitierte, während in Deutschland primär die Kosten der Vereinigung zum Tragen kamen.

Trotz der im internationalen Vergleich nach wie vor günstigen Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, wird in Österreich selbst die Entwicklung in den neunziger Jahren kritischer gesehen als in internationalen Vergleichen:⁴ Das Beschäftigungswachstum blieb in diesem Jahrzehnt hinter jenem der EU zurück, insbesondere im privaten Sektor. Im Unterschied zu anderen kleinen Volkswirtschaften (insbesondere Dänemark und

die Niederlande) stieg die Arbeitslosigkeit besonders zwischen 1993 und 1998; dies obwohl Frühpensionierungen nach wie vor eine nennenswerte Rolle spielten. Die Erwerbsquoten der über 55jährigen gehören zu den niedrigsten in der OECD, und die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik sind unterentwickelt. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erfolgte eine stärkere Zielverfehlung auch bei zwei anderen makroökonomischen Indikatoren: Die Defizite der öffentlichen Haushalte lagen erstmals höher als im Durchschnitt der EU, und jene in der Leistungsbilanz überschritten 2% des BIP. Beide wirtschaftspolitische Problembereiche können teilweise mit Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Zusammenhang gebracht werden, die den Staatshaushalt mit etwa 1% und die Leistungsbilanz mit 0,5% des BIP pro Jahr belastet.

3. Der Beitrag der Nachfrageaggregate zum Wirtschaftswachstum

3.1 Starkes Exportwachstum – Marktanteilsgewinne in Deutschland und Impulse durch die Ostöffnung

Der Wert der Exporte von Waren und Dienstleistungen erreicht fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung (im Jahr 2000 49%). Die Entwicklung der Ausfuhren ist deshalb von vitaler Bedeutung für die makroökonomische Situation. Das Exportwachstum hat von der schrittweisen Integration Österreichs in die EU seit Beginn der siebziger Jahre eindeutig profitiert. Es lag während der letzten drei Jahrzehnte immer über jenem des Durchschnitts der EU-Länder (1970-2000: Österreich real 6%, EU 5,5%).⁵

Eine entscheidende Determinante für die Entwicklung des österreichischen Außenhandels bildet die Entwicklung der Nachfrage in Deutschland. Deutschland ist der mit Abstand größte Handelspartner und nimmt etwa ein Drittel des österreichischen Exports ab. Der Anteil Deutschlands an den österreichischen Ausfuhren ist in den siebziger und achtziger Jahren gestiegen, ging in den neunziger Jahren allerdings aufgrund der stark wachsenden Bedeutung der Handelspartner in Osteuropa zurück. In den siebziger Jahren haben die heimischen Exporteure von den positiven Nachfrageeffekten der Abwertung des Schillings gegenüber der DM um 10% im Jahr 1969 profitiert. Langfristig hat aber die Etablierung eines festen Wechselkurses zwischen den beiden Währungen, die Mitte der siebziger Jahre begann, über eine Stabilisierung der Erwartungen der Exporteure positiv zur regen Außenhandelsdynamik mit Deutschland beigetragen. Der Marktanteil der österreichischen Exporteure in Deutschland ist in den letzten drei Jahrzehnten stetig angestiegen. Während die deutschen Importe zwischen 1970 und 2000 um durchschnittlich 8¼% pro Jahr gestiegen sind, wuchs der Export nach Deutschland um 10%.

In den neunziger Jahren wurden die schwachen Importe Deutschlands und Italiens durch ein dynamisches Wachstum der Exporte in die Trans-

formationsländer kompensiert. Die handelsschaffenden Effekte der Ostöffnung haben die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Österreich maßgeblich beeinflusst. Der Anteil der mittel-osteuropäischen Länder Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen am gesamten Export verdoppelte sich von 5% im Jahr 1990 auf 10,5% 2000. Das Wachstum des Exports in diese Länder betrug durchschnittlich +15,7% pro Jahr, während die Ausfuhren insgesamt nur um 7,4% stiegen. Die Handelsbilanz gegenüber Osteuropa war zu Beginn der Dekade ausgeglichen und weist heute einen Überschuß von ½% des BIP auf.

3.2 Hohe Intensität der Investitionen, aber geringe Kapitalproduktivität

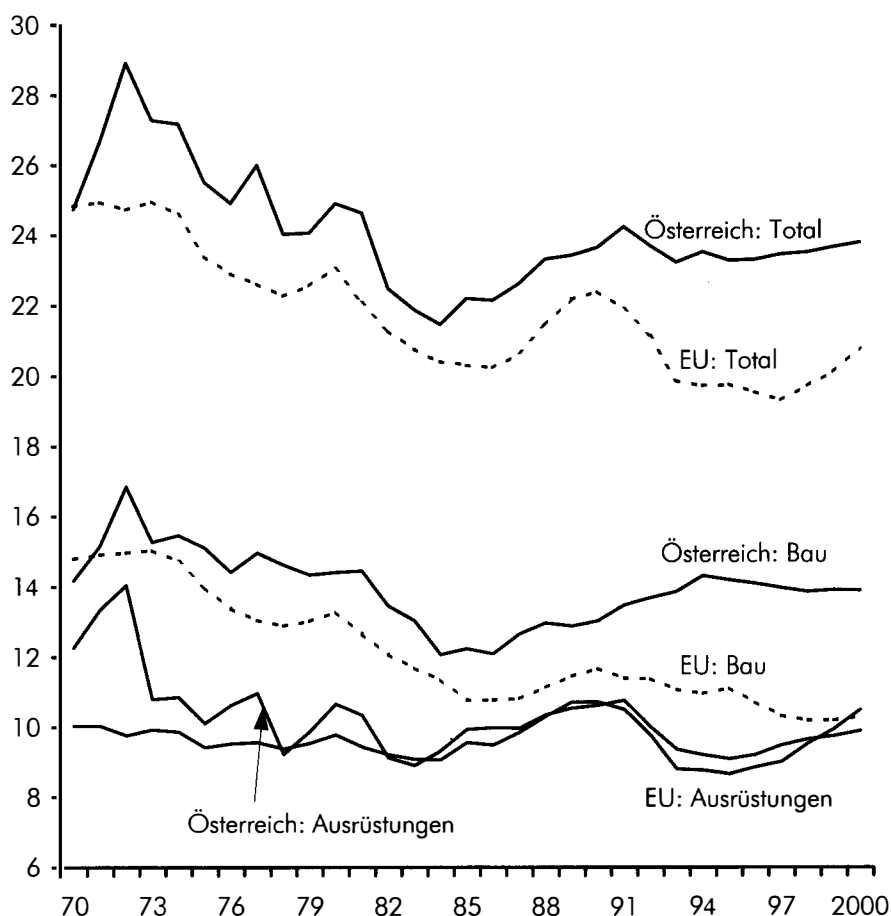
Die Entwicklung des Investitionswachstums bildet eine wesentliche Ursache für die Unterschiede im Wirtschaftswachstum zwischen Österreich und den anderen europäischen Volkswirtschaften. Abbildung 3 zeigt, daß die Investitionstätigkeit in Relation zum BIP in Österreich immer dynamischer war als in der EU, wobei die herausragendsten Unterschiede in den neunziger Jahren auftraten. Zwischen 1990 und 2000 wuchsen die Bruttoanlageinvestitionen in Österreich real um 2,4% pro Jahr, während sie in der EU im Durchschnitt nur um 2,0% und in Deutschland sogar nur um 1,2% expandierten. Die Investitionsquote ist in Österreich mit 24% des BIP in realer Rechnung deutlich höher als im europäischen Durchschnitt, wo sie 20% beträgt.

Hohe Investitionsdynamik kann die wirtschaftliche Entwicklung in zweierlei Hinsicht beschleunigen: zum einen durch ihre Einkommenseffekte, die zum Wirtschaftswachstum nachfrageseitig beitragen, und zum anderen durch Kapazitäts- und Umstrukturierungseffekte, die das langfristige Wirtschaftswachstum angebotsseitig beeinflussen. Ein hohes Investitionsniveau bedeutet makroökonomisch, daß die Nachfrage bei stetiger Ausweitung des Kapitalstocks hoch gehalten werden kann.

In den siebziger Jahren sind die Investitionen in Österreich um 3,7% pro Jahr gewachsen, während sie in der EU nur um 1,6% und in Deutschland sogar nur um 1,2% zunahmen. Die Währungsabwertung 1969 hat dafür zu Beginn des Jahrzehnts aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Export und Ausrüstungsinvestitionen einen Beitrag geleistet. In Hinblick auf die gesamte Dekade waren die regen Investitionsaktivitäten aber vor allem das Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die sich auf die Stabilisierung der Erwartungen der Unternehmen konzentriert hat. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, die Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software umfassen, lagen deutlich höher als in den anderen EU-Ländern. Der Prozeß des „*catching up*“ durch Import von Technologie aus Volkswirtschaften mit höherem technologischen Standard hat in diesem Zusammenhang eine große Rolle gespielt, insbesondere in der Industrie.⁶ Österreich erreichte das Produktivitätsniveau Deutschlands in der Industrie in den frühen neunziger Jahren. Der Aufholprozeß erlaubt

Abbildung 3: Bruttoanlageinvestitionen in Österreich und in der EU

In % des BIP



Quelle: Europäische Kommission, OECD, WIFO.

Produktivitätswachstum durch Imitation, solange das technologische Niveau unter jenem der Partnerländer ist. Sobald aber die Produktivitätsniveaus zur Spitze aufgeschlossen haben, gewinnt eine Innovationsstrategie an Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

In den achtziger Jahren entwickelten sich die Investitionen in Österreich sehr ähnlich wie in der EU, allerdings mit höherem Niveau der Investitionsquoten – sie gingen in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zurück und erhöhten sich in der zweiten Hälfte merklich (Tabelle 5). Erhebliche Unterschiede ergaben sich jedoch in den neunziger Jahren. In der ersten Hälfte der Dekade führte die tiefe Rezession in vielen EU-Ländern zu einem drastischen Rückgang der Investitionsaktivitäten. Zwischen 1990 und 1993 sanken die Bruttoanlageinvestitionen in Großbritannien um 10%, in Spanien um 13%, in Schweden um 25% und in Finnland um 43%. In Deutsch-

land (-4,5%) und Italien (-11%) konzentrierte sich der Rückgang auf das Rezessionsjahr 1993. In Österreich blieb hingegen der Rückgang sehr verhalten (-1% im Jahr 1993).

Die Ausrüstungsinvestitionen sanken in Relation zum BIP in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, allerdings weniger stark als im EU-Durchschnitt. Die anhaltende Ausrichtung der Wirtschaftspolitik an der Stabilisierung der Erwartungen hat dazu ebenso beigetragen wie die dadurch ausgelöste geringere Volatilität in der aggregierten Nachfrage (vor allem jene des privaten Konsums), die über die relativ stabile Kapazitätsauslastung positiv auf die Unternehmensinvestitionen wirkte. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre haben die Integration in den EU-Binnenmarkt und die Ostöffnung den Rationalisierungsdruck deutlich erhöht, insbesondere in jenen Sektoren, die bis dahin vor dem internationalen Wettbewerb geschützt waren. Höhere Investitionen haben wesentlich zum Anstieg des Produktivitätswachstums beigetragen.⁷

Der wesentliche Unterschied zwischen der Investitionsdynamik in Österreich und der EU ergab sich allerdings im Bereich der Bauinvestitionen. In Österreich ist der Anteil der Bauinvestitionen am BIP in der ersten Hälfte der neunziger Jahren kontinuierlich gestiegen, während er in der EU deutlich zurückgegangen ist. Die Bauwirtschaft wird erheblich durch den öffentlichen Sektor beeinflusst. Auf der einen Seite ist die öffentliche Hand selbst ein wichtiger Investor im Infrastrukturbereich, auf der anderen Seite werden private Investitionen – etwa im Wohnbau – in erheblichem Ausmaß subventioniert. In Österreich beträgt der Anteil der Bauinvestitionen etwa 56% der gesamten Investitionstätigkeit und 14% des BIP, gegenüber 47% bzw. 10% in der EU und 57% bzw. 13% in Deutschland.

Der Anstieg der Bautätigkeit in der ersten Hälfte der neunziger Jahre kann zu einem wesentlichen Teil durch die umfangreiche Migration nach der Ostöffnung erklärt werden, die zu einem Anstieg der Wohnungspreise beitrug und den öffentlichen Sektor dazu veranlaßte, Wohnbauprogramme zu erweitern. Das hat positive Wohlfahrtseffekte und hat dazu beigetragen, der Rezession 1992/93 entgegenzusteuern. Wohnbauinvestitionen haben in Relation zum BIP von 5% im Jahr 1990 auf 6½% (1999) zugenommen. Im gleichen Zeitraum haben in der EU die Ausgaben für Wohnungsneubau in Prozent des BIP stagniert. Der starke Anstieg der Bauinvestitionen in Österreich kann demnach primär auf den lebhaften Wohnbau zurückgeführt werden. In den neunziger Jahren haben sich die Bauaktivitäten vom Tief- zum Hochbau verlagert, da dort die Nachfrage hoch war und die Finanzierungsbeschränkungen gering.

Trotz der regen Investitionsaktivitäten und des hohen Anteils der Investitionen am BIP blieben die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten in den neunziger Jahren allerdings enttäuschend. Ein derart hohes Investitionswachstum sollte – verstärkt durch beträchtliche Multiplikatoreffekte – eigentlich einen merklichen Wachstumsvorsprung ermöglicht haben. Daß dieser nicht erzielt wurde, deutet auf geringe makroökonomische Effizienz der Investitionen hin.

Tabelle 5: Bruttoanlageinvestitionen in Österreich und in der EU (in % des BIP)

	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
<i>Österreich</i>							
Insgesamt	24,7	25,5	24,9	22,2	23,7	23,3	23,8
Ausrüstungen	12,3	10,1	10,7	9,9	10,6	9,1	9,9
Bauten	14,2	15,1	14,4	12,2	13,0	14,2	13,9
Wohnbau	5,5	6,1	5,9	5,2	4,7	6,8	6,3
<i>EU</i>							
Insgesamt	24,8	23,4	23,1	20,3	22,4	19,8	20,8
Ausrüstungen	10,0	9,4	9,8	9,6	10,7	8,7	10,5
Bauten	14,8	14,0	13,3	10,8	11,7	11,1	10,3
Wohnbau	6,7	6,5	6,4	5,2	5,2	5,4	–

Quelle: Europäische Kommission, OECD, WIFO.

Untersuchungen der OECD⁸ zeigen, daß die Kapitalproduktivität in Österreich seit Beginn der siebziger Jahre kontinuierlich zurückgegangen ist und zu Ende der neunziger Jahre nur mehr halb so hoch war wie zum Ausgangspunkt. Die Messung der Produktivität physischen Kapitals unterliegt, wie bekannt, erheblichen theoretischen und empirischen Problemen.⁹ Deshalb sind die OECD-Daten zur Kapitalproduktivität mit Vorsicht zu handhaben, für einen internationalen Vergleich aber sicherlich brauchbar. Sie weisen auf erhebliche Probleme in der Struktur der Faktorsinputs und der makroökonomischen Entwicklung in Österreich hin.

Der österreichische Kapitalstock wuchs in der Messung der OECD mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,9% in den achtziger Jahren und 4,3% zwischen 1990 und 1998 und wies damit eine der höchsten Wachstumsraten innerhalb der OECD-Länder auf. Die Kapitalintensität der Produktion hat sich im Vergleich zu den anderen Industrieländern enorm erhöht. Auf der anderen Seite ist der technische Fortschritt, gemessen als totale Faktorproduktivität, nur sehr langsam gewachsen. In den neunziger Jahren wiesen nur Griechenland, Island und die Schweiz geringere Wachstumsraten auf.¹⁰

Obwohl also vom stabilen und hohen Investitionsniveau in Österreich erhebliche Impulse für das Wirtschaftswachstum in kurz- und mittelfristiger Perspektive ausgegangen sind, dürfte die Struktur der Investitionsausgaben beträchtliche Probleme in der gesamtwirtschaftlichen Effizienz der Investitionen und in langfristiger Wachstumsperspektive aufzeigen. Bauinvestitionen führen klarerweise zu steigender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, lösen aber auch indirekt über ihre Einkommenswirkung einen Importsog aus. Der Leistungsbilanzeffekt eines Anstiegs der Bauinvestitionen dürfte insgesamt negativ sein. Darüber hinaus dürften langfristige Wachstumseffekte, vor allem im Fall von Wohnbauinvestitionen, eher gering sein. Auf der anderen Seite erhöhen Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere im Bereich von Innovation und Informationstechnologien, ebenfalls die Nachfrage und damit das BIP und die Importe. Sie bieten aber auch positive Impulse für den Export und dürften zumindest ausgeglichene Leistungsbilanzwirkungen haben. Darüber hinaus wird der Strukturwandel angestoßen, der das Wirtschaftswachstum langfristig erhöhen sollte. Deshalb scheint ein zentrales makroökonomisches Problem Österreichs in der Struktur der Investitionen zu liegen. Sie weist eine sehr starke Betonung von Bauinvestitionen, insbesondere im Bereich Wohnbau, auf, während Innovationsaktivitäten zurückbleiben.

Die Ausgaben in dem unter mittelfristigen Wachstumsperspektiven besonders wichtigen Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien lagen von 1992 bis 1999 leicht unter jenen der EU.¹¹ Niedrigere Investitionen als Österreich wiesen die südeuropäischen Länder auf. In Schweden und Großbritannien erreichten die IKT-Ausgaben einen gleich hohen Anteil am BIP wie in den USA. Die vorhandenen empirischen Arbeiten weisen erhebliche Differenzen bezüglich der Höhe des Beitrags der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien zur ge-

samtwirtschaftlichen Entwicklung auf. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß von einer hohen Dynamik in diesem Bereich positive Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum zu erwarten sind.

3.3 Privater Konsum stabilisiert die Konjunktur

Eine relativ starke Expansion des privaten Konsums bildete in allen drei Jahrzehnten einen wesentlichen Wachstumsmotor für die österreichische Wirtschaft. Zwischen 1970 und 2000 wuchs der private Konsum durchschnittlich um 2,9% pro Jahr, in der EU betrug der Anstieg nur 2,5%. Der relative Wachstumsunterschied betrug 0,6 Prozentpunkte in den siebziger Jahren, 0,3 Prozentpunkte in den achtziger Jahren und 0,6 Prozentpunkte in den neunziger Jahren.

Das Wachstum des privaten Konsums hat von stabilen Zuwächsen im verfügbaren Einkommen profitiert, die durch hohe Export- und Investitionsnachfrage gestützt wurden. Das Wachstum der Realeinkommen je Arbeitnehmer lag in Österreich merklich über jenem des EU-Durchschnitts. Relative niedrige Arbeitslosigkeit und der umfassende Wohlfahrtsstaat haben zur Stabilisierung des Verbrauchervertrauens beigetragen. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung des privaten Konsums bildet die niedrige Volatilität der Wachstumsraten.¹² Sieht man von den Jahren 1978 und 1984 ab, in denen eine diskretionäre, restriktive Fiskalpolitik zur Bekämpfung hoher Leistungsbilanz- und Budgetdefizite eingesetzt wurde, betrug die Standardabweichung für den privaten Konsum 1,5 Prozentpunkte pro Jahr.

Das relativ hohe Wachstum im privaten Konsum kann auf mehrere Determinanten zurückgeführt werden:

- Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind weniger volatil als in anderen Ländern,¹³ da Produktivität und Arbeitskräfteangebot stark prozyklisch reagieren. Deshalb schwankt das Masseneinkommen deutlich weniger stark als in anderen Ländern.
- Der Anteil von Transfers am Masseneinkommen ist relativ hoch. Das ist auf den ausgebauten, allgemeinen Wohlfahrtsstaat, aber auch auf die – etwa in Relation zu den skandinavischen Wohlfahrtsmodellen – geringe Komponente öffentlicher Dienstleistungen zurückzuführen. Das dämpft Schwankungen in der Kaufkraft der privaten Haushalte.
- Die Sparquote der privaten Haushalte erweist sich als eine Residualgröße, die sich prozyklisch entwickelt und so Schwankungen in der Kaufkraft während des Konjunkturzyklus ausgleicht. Im Fall sinkender verfügbarer Einkommen in rezessiven Phasen oder bei restriktiver Fiskalpolitik, geht die Sparquote merklich zurück, während die Konsumausgaben – insbesondere jene für nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen – relativ stabil bleiben. In Boomerperioden oder in Phasen expansiver Fiskalpolitik erhöht sich hingegen die Sparquote, während das Wachstum des Konsums gegenüber jenem des verfügbaren

Einkommens zurückbleibt. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Volatilität des Konjunkturzyklus und damit auch auf das langfristige Wirtschaftswachstum.

- Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, die dazu tendieren, während des Konjunkturzyklus stärker zu schwanken, spielen noch immer eine geringere Rolle als in anderen hochentwickelten Ländern.

3.4 Öffentlicher Konsum

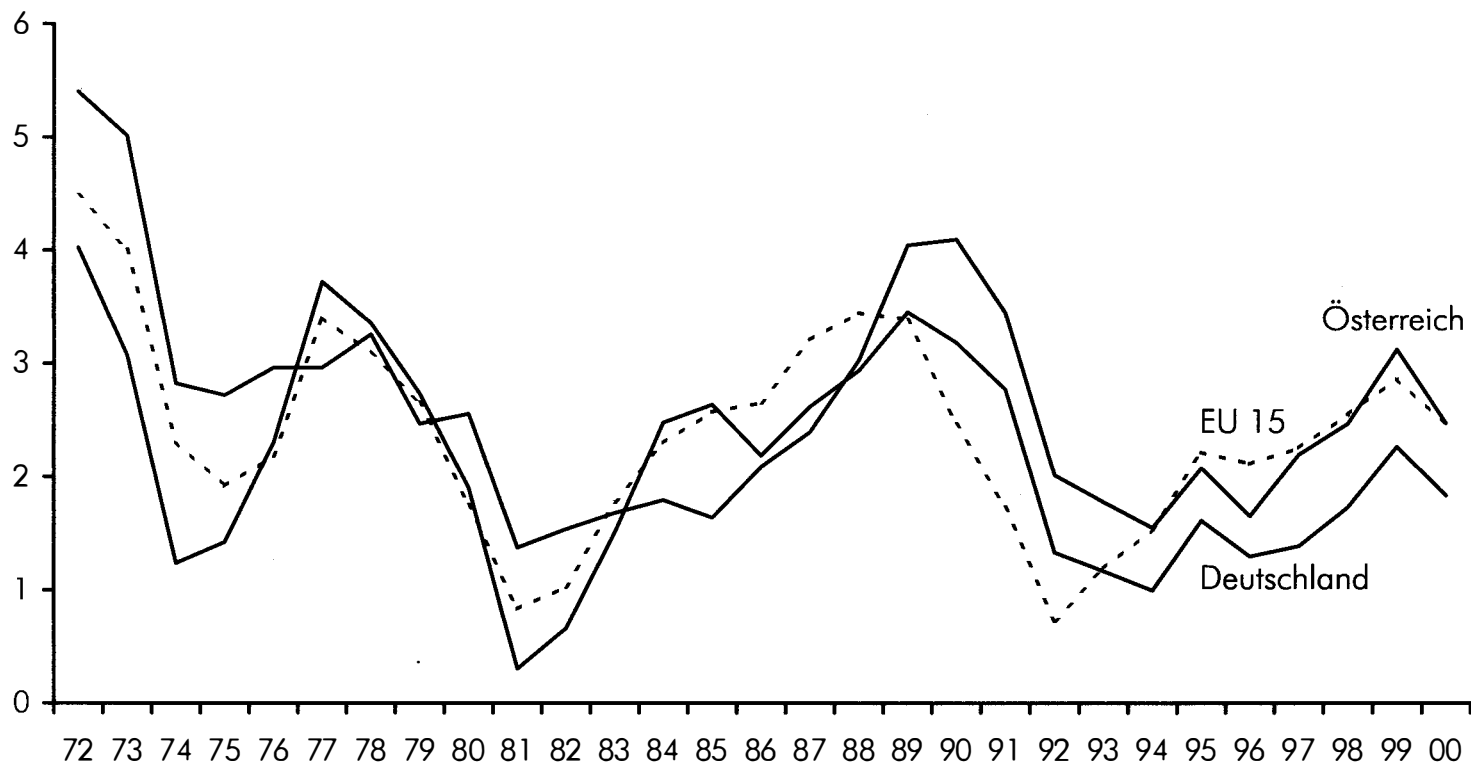
Die öffentliche Konsumnachfrage hat sich zwischen 1970 und 2000 real um 2,3% pro Jahr erhöht. Das entspricht der Entwicklung in der EU (+2,3%), liegt aber leicht über dem Wert Deutschlands (+2,1%). Der öffentliche Konsum hat vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine wichtige Rolle für die aggregierte Nachfrage gespielt und zu höherem Wirtschaftswachstum beigetragen. In dieser Periode hat sich vor allem die öffentliche Beschäftigung deutlich erhöht. Zwischen 1995 und 1997, während der ersten Phase der Budgetkonsolidierung, hat der öffentliche Konsum stagniert, was zum Teil Ergebnis von Ausgliederungen aus dem öffentlichen Sektor war.

4. Niedrige Outputvariabilität und Wirtschaftspolitik

Ein wichtiges Charakteristikum der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich bildet die Tatsache, daß Rezessionen hier relativ mild ausfallen, etwa im Vergleich zu Deutschland. Im Jahr 1975 ging das reale BIP in Deutschland um 1,3% zurück, während es in Österreich um 0,4% fiel. 1981/82 stagnierte das BIP in Deutschland, in Österreich stieg es um 1,8%. 1993 erlebte Deutschland eine schwere Rezession – Nachfrage und Produktion gingen um 1,1% zurück, während sie in Österreich um 0,4% stiegen. Während europäischer Rezessionsjahre gelingt es Österreich regelmäßig, einen Wachstumsvorsprung zu erzielen, der über mehrere Jahre anhält und positive Auswirkungen auf die – langfristige – *Performance* des Arbeitsmarktes mit sich bringt. In Phasen niedriger wirtschaftlicher Aktivität geht die Beschäftigung nur wenig zurück, die Arbeitslosigkeit steigt nur leicht. Dagegen wird das Wachstum von Produktivität und Arbeitskräfteangebot merklich gedämpft. Gemäß der „Hysteresis-Hypothese“ bewirkt die relativ günstige Arbeitsmarktentwicklung in der Rezession auch langfristig positive Arbeitsmarkt-*Performance*. Eine wichtige Komponente der niedrigen Arbeitslosenquoten in Österreich kann deshalb einfach auf die erfolgreiche Verhinderung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in internationalen Wirtschaftskrisen, besonders Mitte der siebziger Jahre, zurückgeführt werden. Relativ milde Rezessionen und ein weniger volatiler Konjunkturzyklus haben auch einen positiven Einfluß auf die langfristigen Wachstumsraten des BIP.¹⁴

Die niedrige Outputvariabilität, besonders in Rezessionsphasen, kann – vor allem in der erfolgreichsten Phase der siebziger Jahre – auf eine Wirt-

460 **Abbildung 4: Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich, Deutschland und in der EU (in%)**



Quelle: OECD.

schaftspolitik zurückgeführt werden, die in ihrer Durchführung sehr pragmatisch war und es sich explizit zum Ziel setzte, die Erwartungen und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Wesentliche Elemente dieser Politik waren:

- Nachfragemanagement durch Fiskalpolitik, die kurzfristig zur Dämpfung zyklischer Schwankungen eingesetzt wurde und längerfristig auf die Stabilisierung der Unternehmererwartungen und damit eine Forcierung von Investitionen und Wachstum ausgerichtet war. Die wichtigsten stabilisierenden Faktoren bildeten die Wirksamkeit der „automatischen Stabilisatoren“ der öffentlichen Haushalte, der umfassende Wohlfahrtsstaat, das System von steuerlichen Anreizen und Subventionen (vorzeitige Abschreibung, Investitionsfreibetrag, niedrig verzinste Kredite, Exportgarantien). Die Fiskalpolitik hat ihre antizyklischen Zielsetzungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aufgegeben und agiert seitdem prozyklisch. In Phasen der Hochkonjunktur werden Steuern gesenkt und Transfers ausgeweitet, während in Rezessionsjahren Sparpakete umgesetzt werden.
- Die Bindung des Schillings an die Deutsche Mark wurde zur Stabilisierung der Erwartungen von Exporteuren und Investoren eingesetzt. Dies hat dazu beigetragen, der Wirtschaftspolitik eine langfristige Perspektive zu verleihen, und half, die Preisstabilität aufrechtzuerhalten.
- Die Lohnpolitik war innerhalb des Systems der Sozialpartnerschaft makroökonomisch und mittelfristig ausgerichtet.¹⁵ Sie berücksichtigte antizyklische Wirkungen (in den sechziger Jahren), Leistungsbilanzprobleme (in den siebziger Jahren), den Umstrukturierungsprozeß in der Industrie (in den achtziger Jahren) und die Wechselkursaufwertung (in den neunziger Jahren). Sie hat damit wesentlich zur Stabilisierung der Erwartungen und zur guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen.

Nachfrageorientierte makroökonomische Politik war unter Einsatz der Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik auf die Stabilisierung der Erwartungen der Wirtschaftsakteure ausgerichtet.¹⁶ Die Absicht war, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren und damit zu höherem Wirtschaftswachstum beizutragen. Das ist in den siebziger Jahren gelungen, hat aber in den folgenden Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Makroökonomische Politik im Nationalstaat hat im Zuge der Liberalisierung und Integration an Spielräumen verloren. Im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses hat die österreichische Makropolitik schrittweise den (formalen) Spielraum in der Geldpolitik und teilweise – durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt und seine immer restriktiver werdende Interpretation – auch in der Fiskalpolitik verloren. Sobald der Aufholprozeß (zum deutschen Produktivitätsniveau) abgeschlossen war, haben sich die Wachstumsraten verlangsamt; die Notwendigkeit von Innovationsstrategien hat zugenommen, Verteilungskonflikte gewannen an Intensität. Dennoch war der Verlust einer autonomen makroökonomischen Politikstrategie sicherlich auch Ausdruck des fehlenden Willens, eine eigenständige Wirtschaftspolitik, die sich vom neoliberalen EU-*Mainstream* unterscheidet, zu konzipieren.

5. Makroökonomische Wirtschaftspolitik und Strukturwandel

Die makroökonomisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat den Strukturwandel nicht nur gefördert, sondern auch behindert:

- Die effektive Aufwertung des Wechselkurses, die mit der Bindung des Schillings an die DM verbunden war, hat kurzfristig immer wieder zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportindustrie, insbesondere in Phasen der Wechselkurskrisen im Europäischen Währungssystem (etwa zwischen 1992 und 1995), beigetragen. Diese Strategie könnte allerdings in langfristiger Perspektive den Restrukturierungsprozeß beschleunigt haben. Darauf deutet auch hin, daß der Anstieg der Arbeitsproduktivität im exponierten Sektor der Industrie im Vergleich zu den Handelspartnern außerordentlich hoch war.
- Die Lohnpolitik auf der Ebene von Branchen und Unternehmen, die zu relativ hohen inter-industriellen Lohndifferentialen führte, kann den Restrukturierungsprozeß gedämpft haben, in dem sie Arbeit und Kapital zu lange in den Grenzbetrieben hielt und so die Reallokation behinderte.¹⁷
- Die Investitionsförderung in Form von steuerlichen Anreizen mag – vor allem in den siebziger Jahren – den Strukturwandel beschleunigt haben.
- Die Berechnungen der OECD zur Kapitalproduktivität und zur totalen Faktorproduktivität weisen allerdings auf massive Probleme der Effizienz des Kapitaleinsatzes hin. Investitionen in der Bauwirtschaft kommt viel höhere Bedeutung zu als jenen in Innovation und Humankapital.¹⁸ Die niedrige Kapitaleffizienz scheint auch ein Ergebnis der Anreize seitens der Fiskalpolitik zu sein. Steuerliche Begünstigungen für Investitionen in *Hardware* waren lange Zeit sehr hoch, und die Kapitalbesteuerung zählt zu den niedrigsten in der europäischen Union.¹⁹ Zudem werden Investitionen – etwa im Baubereich – stark durch die öffentliche Hand subventioniert. Im Unterschied dazu waren lange Zeit die Anreize für Investitionen in den innovativen Bereichen sehr schwach.
- Der hohe Anteil der Bauinvestitionen, der 14% des BIP ausmacht, kann als ein spezifisch negatives Element im Kontext des Paradoxons hoher Investitionen und niedrigen Wachstums angesehen werden. Ein steigender Anteil der Bauinvestitionen könnte das Wirtschaftswachstum zwar kurzfristig stimulieren, langfristig aber sogar dämpfen.

6. Schlußfolgerungen

Die österreichische makroökonomische Entwicklung unterscheidet sich von jener in der EU und der OECD in zwei Bereichen:

- Erstens war die wirtschaftliche und soziale *Performance* in den siebziger Jahren deutlich besser als in den anderen Industrieländern. Der Wachstumsvorsprung kann auf eine makroökonomische Wirtschaftspolitik zurückgeführt werden, die der Erwartungsstabilisierung besondere Aufmerksamkeit schenkte.
- Zweitens hob sich die österreichische Wirtschaftsentwicklung in Re-

zessionsperioden immer positiv von jener der anderen Industrieländer ab. Die Politikorientierung an antizyklischen und erwartungsstabilisierenden Elementen hat zu weniger volatilen Konjunkturzyklen als in den anderen Industrieländern geführt. Die stabilere makroökonomische Entwicklung hatte auch positive Implikationen für wichtige ökonomische Variablen in längerfristiger Hinsicht, insbesondere für den Arbeitsmarkt.

Österreich hat seinen Wachstumsvorsprung gegenüber den EU-Ländern in den achtziger und neunziger Jahren verloren. Nur während der Rezessionsphase zu Beginn der neunziger Jahre erwies sich die Wirtschaftsentwicklung als relativ günstig. In den Jahren 2000 und 2001 scheint Österreich nach vorläufigen Daten sogar in einen Wachstumsrückstand gegenüber dem EU-Durchschnitt geraten zu sein. Das Faktum, daß das Wirtschaftswachstum nur noch dem EU-Durchschnitt entspricht, kontrastiert besonders stark mit den hohen Investitionsaktivitäten. Das weist auf Ineffizienzen in der Struktur der Investitionen hin, die durch die Bauwirtschaft dominiert werden. Österreich hat einen erheblichen Rückstand hinsichtlich Strukturwandel und Innovation, der möglicherweise schon gesamtwirtschaftlich negative Folgen mit sich bringt.

Die Wirtschaftspolitik sollte daraus zwei Schlußfolgerungen ziehen:

- Die Wiederbelebung einer antizyklischen Orientierung, insbesondere in der Budgetpolitik, ist von zentraler gesamtwirtschaftlicher Bedeutung
- Die Umstellung öffentlicher Förderungen zugunsten aktiver Innovationsstrategien hat hohe Bedeutung für das Wachstumspotential. Neue Schwerpunkte müssen dabei auf Forschung und Entwicklung, Qualifizierung und Bildung gelegt werden. Ausgabenseitige Maßnahmen erscheinen hierfür effizienter als steuerliche Anreize.

Unter diesen Rahmenbedingungen hätte Österreich gute institutionelle Voraussetzungen, um wieder einen Wachstumsvorsprung gegenüber den EU-Ländern zu erlangen.

Anmerkungen

¹ Diese Arbeit basiert auf einer Untersuchung des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit; vgl. Peneder et al. (2001). Der Autor dankt Martha Steiner für die Unterstützung bei der Datenanalyse und -aufbereitung und Michael Peneder, Gunther Tichy und Ewald Walterskirchen für eine kritische Durchsicht des Manuskripts.

² Seidel (1995) diskutiert die Bedeutung von *catch up*- und Konvergenz-Prozessen für das relative Wirtschaftswachstum.

³ Seidel (1982).

⁴ Vgl. Marterbauer, Walterskirchen (1999).

⁵ Der Beitrag der Nettoexporte zum Wirtschaftswachstum – gemessen nach der traditionellen Methode in Form des Wachstumsbeitrags des Außenhandelsaldos – war relativ gering, da nicht nur der Export, sondern auch die Importe dynamisch gewachsen sind. Die Messung des Wachstumsbeitrags der Nettoexporte nach dieser „Lundberg-Methode“ ist allerdings nicht adäquat. Würde der Importgehalt direkt den Exporten auf der einen Seite und der Inlandsnachfrage auf der anderen Seite zugeordnet werden (er beträgt jeweils etwa die Hälfte), wäre der Exportbeitrag zum Wirtschaftswachstum deutlich höher.

⁶ Seidel (1995).

⁷ Daneben ist der Anstieg im Produktivitätswachstum in der zweiten Hälfte der neunziger

Jahre allerdings auch wesentlich auf „erlittene Produktivitätssteigerungen“ zurückzuführen. Personalabbau in bislang geschützten Branchen und Verlagerung von Produktionsstätten mit geringem Produktivitätsniveau nach Osteuropa haben die gemessene Produktivität erhöht.

⁸ Scarpetta et al. (2000).

⁹ Siehe dazu etwa Harcourt (1972).

¹⁰ Scarpetta et al. (2000) 33.

¹¹ Leo (2001).

¹² Tichy (1986); Hahn, Walterskirchen (1992).

¹³ Vgl. Marterbauer, Walterskirchen (1999).

¹⁴ Diese Hypothese entspricht selbstverständlich nicht der neoklassischen Wachstumstheorie, die ausschließlich auf angebotsseitige Determinanten für das langfristige Wirtschaftswachstum setzt. Die keynesianische Wachstumstheorie würde jedenfalls davon ausgehen, daß auch konjunkturelle Entwicklungen Einfluß auf den langfristigen Wachstumstrend haben. „In fact the long-run trend is a but slowly changing component of a chain of short-period situations; it has no independent entity.“ (Kalecki 1968).

¹⁵ Guger (1992, 1998).

¹⁶ Tichy (1984, 1986).

¹⁷ Guger (1998).

¹⁸ Tichy (2000).

¹⁹ Europäische Kommission (2000).

Literatur

European Commission, Public Finances 2000 (Brussels 2000).

Guger, Alois, Corporatism: Success or Failure? Austrian Experiences, in: Pekkarinen, J.; Pohjola, M.; Rowthorn B. (Hrsg.), Social Corporatism. A Superior Economic System? (Oxford 1992).

Guger, Alois, Economic Policy and Social Democracy: The Austrian Experience, in: Oxford Review of Economic Policy 14/1 (1998).

Hahn, Franz; Walterskirchen, Ewald, Stylized Facts der Konjunkturschwankungen in Österreich, Deutschland und den USA (=WIFO Working Papers 58, Wien 1992).

Harcourt, Geoff, Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital (Cambridge 1972).

Kalecki, Michal, Trend and Business Cycle Reconsidered, in: Economic Journal 2 (1968).

Leo, Hannes, ICT Investment and Growth of Output and Productivity, in: Aiginger, Karl; Hutschenreiter, Gernot; Hollenstein, Heinz; Knoll, Norbert; Leo, Hannes; Wieser, Robert, Innovation and Productivity of European Manufacturing (=Background Report for the Competitiveness Report 2001, Brüssel 2001).

Marterbauer, Markus; Walterskirchen, Ewald, Bestimmungsgründe des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 3 (1999).

Peneder, Michael (Koord.); Aiginger, Karl; Hutschenreiter, Gernot; Marterbauer, Markus, Structural Change and Economic Growth. Reconsidering the Austrian „Old-Structures/High-Performance“ Paradox (=Study by the Austrian Institute of Economic Research commissioned by the Federal Ministry of Economics and Labour, Wien 2001).

Scarpetta, Stefano; u.a., Economic Growth in the OECD Area: Recent Trends at the Aggregate and Sectoral Level (=OECD, Economics Department Working Papers 248, Paris 2000).

Seidel, Hans, Der Austro-Keynesianismus, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3 (1982).

Seidel, Hans, Wachstum und Konvergenz, in: WIFO-Monatsberichte 1 (1995).

Tichy, Gunther, Strategy and Implementation of Employment Policy in Austria, in: Kyklos 37 (1984).

Tichy, Gunther, Die Amplitude der österreichischen Konjunkturschwankungen im internationalen Vergleich, in: Empirica 13 (1986).

Tichy, Gunther, Technologische Entwicklung als Chance und Herausforderung (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgenabschätzung, Wien 2000).

Zusammenfassung

Im Durchschnitt der letzten dreißig Jahre weist Österreich in fast allen gesamtwirtschaftlichen Variablen – vor allem bei Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung – eine relativ günstige Situation auf. Eine genauere Betrachtung dieser Zeitperiode läßt allerdings erkennen, daß der Wachstumsvorsprung Österreichs nur in den siebziger Jahren und in den europäischen Rezessionsphasen erreicht werden konnte. Beide Phänomene können auf die makroökonomischen Wirtschaftspolitik, die an der Stabilisierung der Erwartungen der wirtschaftlichen Akteure ausgerichtet war und erhebliche antizyklische Effekte hatte, zurückgeführt werden. Dieser Wachstumsvorsprung gegenüber den EU-Ländern ging allerdings in den achtziger und neunziger Jahren weitgehend verloren, Zuwächse in Output und Nachfrage entsprachen nur noch dem EU-Durchschnitt. Dies kontrastiert besonders stark mit den hohen Investitionsaktivitäten und weist auf Ineffizienzen in der Struktur der Investitionen hin. Die Investitionen im Baubereich dominieren, während im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Innovationen generell ein Rückstand besteht.